

Beitrag für engagierten Kampf gegen die Unterordnung der Medizin unter imperialistische Machtinteressen

Internationales Symposium betonte nachdrücklich die hohe Verantwortung des Arztes für den Frieden

„Das Schicksal der Medizin in der Zeit des Faschismus in Deutschland von 1933 bis 1945“ war das Thema eines dreitägigen Symposiums, das vom 31. Januar bis 2. Februar in Leipzig stattfand. Träger dieser Veranstaltung, an der etwa 100 Wissenschaftler teilnahmen, waren die Karl-Marx-Universität und die Akademie für ärztliche Fortbildung der DDR. Für die unmittelbare wissenschaftliche und organisatorische Vorbereitung zeichneten der Wissenschaftsbereich Geschichte der Medizin des Karl-Sudhoff-Instituts für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften im Bereich Medizin der KMU und die Forschungsgruppe „Gesundheitspolitik im Kapitalismus“ der Akademie für ärztliche Fortbildung verantwortlich.

Wesentliche Unterstützung erfuhren die Organisatoren der Tagung durch die Zentrale des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, die eine Reihe namhafter Mitarbeiter ihrer Historischen Kommission, darunter Prof. Dr. Walter Bartel, für die Mitgestaltung der Tagung gewonnen hatte.

An dem Symposium nahmen auch Wissenschaftler aus dem Ausland teil, darunter aus der UdSSR Prof. Dr. G. I. Zaregoradzew (Direktor des Instituts für Philosophie der Akademie der Medizinischen Wissenschaften) und Dr. N. D. Scheglow (Leiter der Abteilung des zentralen Forschungsinstituts für Haut- und Geschlechtskrankheiten (Moskau) sowie aus der VR Polen zwei Vertreter des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie.

Das Ziel dieser Veranstaltung bestand darin, die wissenschaftlichen und antihumanen Folgen und Wirkungen der faschistischen Ideologie und Politik in der Medizin und im Gesundheitswesen als unumgängliche Konsequenzen dieser reaktionärsten Form der imperialistischen Machtausübung aufzuzeigen und die diesbezüglichen Lehren der Geschichte für den engagierten Kampf gegen auch heute noch wirksame Formen der Unterordnung der Medizin unter imperialistische Machtinteressen fruchtbar zu machen.

Einem generellen Trend der relevanten wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre folgend, ging es auch darum, die verschiedenen Formen des Mißbrauchs der Medizin zur Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen und den beispiellosen Abbau der Sozialleistungen aufzudecken, die von 1933 an den

Das 50. Jahr nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland ist uns aktueller Anlaß, einen weiteren Beitrag zur offensiven Entlarvung des menschenfeindlichen Wesens des Faschismus und der Verbrechen des Monopolkapitals 1933 bis 1945, vor allem im Bereich der Medizin, zu leisten.

Wir - die antifaschistischen Widerstandskämpfer, Vertreter der Medizin und der Gesellschaftswissenschaften der DDR, der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, Spaniens, Chiles und Boliviens, waren zum Teil Augenzeugen, wie vor 50 Jahren die aggressiven, chauvinistischen und militaristischen Kreise des deutschen Monopolkapitals mit dem faschistischen Hitlerregime ihre offene terroristische Diktatur errichteten und hierzu auch den Mißbrauch der Medizin im Krieg gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gegen das deutsche Volk, zur Unterdrückung und Vernichtung vieler Völker Europas in großem Ausmaß praktizierten. Deshalb werden wir alles in unseren Kräften Stehende tun, die historische Wahrheit über die Hitler-Diktatur, über ihre Drahtzieher, Hintermänner und Erfüllungsgehilfen aufzudecken und zu verbreiten.

Von diesem Symposium aus wenden wir uns im Karl-Marx-Jahr 1983 an alle Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Wissenschaftler und antifaschistischen Widerstandskämpfer, ihre Erfahrungen im Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden, gegen Faschismus und Krieg in verstärktem Maße der jungen Generation unserer Länder zu vermitteln.

Im Januar 1933 gab Hitler seinen Auftrag über die Verbrechen, „den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten“. Gleichlaufend damit

begannen die Faschisten in beispielloser Weise, die Wissenschaften, einen großen Teil der wissenschaftlichen Intelligenz und Einrichtungen sowie soziale Institutionen als direkte Zweckinstrumente zur Herrschaftssicherung des Imperialismus zu mißbrauchen. Die medizinische Wissenschaft und Forschung und die ärztliche Praxis wurden während der faschistischen Diktatur weitgehend ihrer humanen Zweckbestimmung beraubt und in den Dienst des menschenverachtenden Terrors gestellt.

ERKLÄRUNG

der Teilnehmer am Symposium über das Schicksal der Medizin in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933-1945

Der Massenmord an Millionen Menschen aller Völker Europas in den Gaskammern der faschistischen Konzentrationslager und speziellen Anstalten, tödliche Experimente an Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und an sowjetischen Kriegsgefangenen, „rasenhygienische“ und „eugenische“ Sterilisierungs- und Mordkonzeptionen sowie vielseitige Maßnahmen zum Abbau ständlicher Sozial- und Fürsorgeleistungen, der Abwärtswendung der Verantwortung für die Gesunderhaltung allein auf die schärfste Ausbeutung unterliegenden Werktätigen, bis hin zur Praxis der „Vernichtung der Menschen durch Arbeit“ gehörten zu diesem Programm, dessen ideologische Grundlage der Antikommunismus, Antisemitismus und die faschistische Rassenideologie waren.

„Euthanasie“ verübten Massenmorden an geschädigten Kindern und an psychisch Kranken, den antihumanen Experimenten an wehrlosen Gefangenen in den Konzentrationslagern u. a.) bestehende Zusammenhänge wurden dabei deutlich herausgearbeitet.

Ebenso wurde eingehend dargestellt, welche ideologischen Denkmuster und politischen Einstellungen große Teile der medizinischen Intelligenz in jenen Jahren dazu geführt haben, diese

Demgegenüber blieben die Taten jener deutschen Ärzte, Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Wissenschaftler unvergessen, die als Antifaschisten oder an deren Seite gegen diese Verbrechen kämpften und oft unter Einsatz ihres Lebens die wahre Berufung der Medizin und der Wissenschaft - dem Wohle des arbeitenden Menschen zu dienen - verkörperten.

Durch die rühmreiche Rote Armee, die Hauptkraft der Antifaschisten, wurde im Bunde mit den Antifaschisten aller Länder der Faschismus vernichtend geschlagen.

Heute richtet sich der gemeinsame Kampf der sozialistischen Länder und aller friedliebenden Menschen erneut gegen die Kriegsgefahr, gegen imperialistische Konfrontations- und Hochrüstungspolitik, gegen die Aufstellung neuer US-Raketenkernwaffen in Westeuropa, gegen Faschismus und Neofaschismus in verschiedenen kapitalistischen Ländern Europas, Lateinamerikas und der Karibik. Der Frieden ist durch diese Entwicklung auf das äußerste bedroht, und der Kampf für seine Sicherung ist daher zur wichtigsten Aufgabe aller geworden. Deshalb gilt auch der jüngsten Friedensinitiative der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unsere volle Unterstützung.

Wir Ärzte, Wissenschaftler und antifaschistischen Widerstandskämpfer kennen unseren gesellschaftlichen Auftrag, und wir betrachten es als heilige Pflicht, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen und alles für das Wohl und Glück der Menschen, für die Sicherung und Erhaltung des Friedens zu tun.

Fragen, die uns bewegen - Argumente, die wir brauchen

BRD-Studenten fordern: „BAFöG statt Pershing“

Zu den gravierendsten Maßnahmen des Sozialabbaus der neuen CDU/CSU-FDP-Regierung, von denen besonders Arbeiterfamilien und ihre Kinder sowie andere Werktätige mit geringem Einkommen betroffen sind, gehören die rigorose Kürzung der Ausbildungsförderung für Schüler und die volle Umwandlung des Studenten-BAFöG in Darlehn. Mit diesen im Rahmen der sogenannten „Gesetze zur Wiederbelebung der Wirtschaft des Bundeshaushalt“ durchgesetzten „Einsparungen“ in Höhe von 200 Millionen DM 1983 und ab 1984 im Umfang von jährlich 600 Millionen DM, geht es nach Regierungsaussagen darum, die „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ abzusichern. Welch Höhe gegenüber der Erhöhung der Rüstungs- und Militärausgaben auf 65 Mrd. DM im Jahre 1983!

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), das inzwischen die 7. Veränderung erfahren hat, war 1971 vom BRD-Bundesrat als Bestandteil der erforderlich gewordenen „sozialen Reformgesetze“ verabschiedet worden. Mit der von der CDU/CSU/FDP-Regierung erfolgten Umstellung des gesamten Studenten-BAFöG auf verzinsliche Darlehn ist ein Student zu Beginn seiner beruflichen Tätigkeit und der Familien-Grundung mit Schulden von durchschnittlich 40.000 bis 50.000 DM belastet. Bei einer spätestens 5 Jahre nach Ausbildungsende einsetzenden Tilgung (mindestens 120 DM monatlich) muß er durchschnittlich 2000 DM jährlich zurückzahlen. Der Anteil der Rückzahlungsraten am verfügbaren Einkommen wird annähernd 10% betragen. Doch diese quasi Bildungssteuer paart sich mit enormen Steuergebühren-, Mieterhöhungen usw. in bisher ungehörter Di-

„Die Krisenpolitik des BRD-Imperialismus“ - Wissenschaftler der Sektion WIWI zu Grundfragen der internationalen Klassenausesetzung

Mit dem von der damaligen SPD/FDP-Regierung eingebrachten Gesetz entsprach man partiell den aufgestauten Forderungen, eine bessere Schulausbildung und den Zugang zu Hochschulen insbesondere auch für Arbeiterkinder zu ermöglichen.

BAFöG-Leistungen als staatliche Beihilfe gibt es nach dem Gesetz für Schüler und Studenten, die weiterführende allgemeinbildende Schulen, Fachoberschulen, Berufsaufbau- oder Berufsfachschulen, Fachschulen, Akademien oder Hochschulen besuchen. Vergaben wurden sie bisher in der Regel an Schüler ab der 11. Klasse bzw. Berufsschüler ab der 10. Klasse und an Studenten bis zum 30. Lebensjahr. Die Höhe der Förderungsbeträge ist abhängig vom Schultyp, der Unterbringung und ist gestaffelt nach dem Einkommen der Eltern.

In den folgenden Jahren, insbesondere bis 1975, trug das BAFöG zu einer merklichen Erhöhung des Anteils der Arbeiterkinder an Hochschulen bei. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen erhöhte sich von 5,9% im Jahre 1966 auf 15,7% im Jahre 1973.

Bereits relativ kurz nach der Einführung dieser Fördermaßnahmen wurden mit der sich verschärfenden kapitalistischen Krise in den sechziger Jahren einzelne Bestandteile des Gesetzes rückgängig gemacht. Dazu gehörten die Wiedereinführung eines Grunddarlehens im Jahre 1974, die Beschneidung der „förderungsfähigen Ausbildung“ besonders durch das 7. Änderungsgesetz im Jahre 1981 sowie ein realer BAFöG-Abbau durch eine unzureichende Angleichung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die bisherige Ausbildungsförderung beruht auf der Kombination

Dr. Georg Donat



Wir nehmen den 25. Jahrestag der Zivilverteidigung zum willkommenen Anlaß, um die Ergebnisse zu würdigen, die die Angehörigen der Zivilverteidigung beim Schutz der Bevölkerung und der Volkswirtschaft vollbracht haben.

Einem von ihnen ist Oberarzt Dr. Dr. sc. med. Joachim Bennek, Stellvertreter des Direktors der Klinik für Kinderchirurgie der KMU (unser Foto). Genosse Dr. Bennek ist seit 14 Jahren Mitglied der Arbeitsgruppe Zivilverteidigung beim Rektor unserer Universität. Für seine Verdienste wurde er zum 25. Jahrestag mit der Verdienstmedaille der Zivilverteidigung in Gold ausgezeichnet. Aus diesem Anlaß führten wir folgendes Interview mit ihm. (Foto: Weicker)

UZ: Genosse Dr. Bennek - Sie sind Oberarzt auf der Wach- und Beobachtungsstation der Klinik für Kinderchirurgie, haben sich auf die Neugeborenenchirurgie spezialisiert, erfüllen umfangreiche Lehrverpflichtungen und sind neben Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit als Arzt seit 14 Jahren in der Zivilverteidigung aktiv. Welche Aufgaben haben Sie hier zu erfüllen?

Dr. Bennek: 1969 vom Rektor der Karl-Marx-Universität zum medizinischen Berater für Zivilverteidigung berufen, obliegt mir als Mitglied der Arbeitsgruppe die Mitwirkung an der politisch-ideologischen Aufklärung der Beschäftigten der KMU, das heißt, der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter, Arbeiter sowie Angestellten, und die Breitenausbildung im Komplex „Selbst- und gegenseitige Hilfe“ bei Eintritt von außergewöhnlichen Situationen.

Neben dieser Tätigkeit bin ich innerhalb des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses der Studenten seit 1970 als Lektor des ZV-Praktikums im 3. Studienjahr der Grundstudienrichtung Medizin und Stomatologie eingesetzt.

Aufklärend, motivierend und helfend wirken

UZ-Interview mit OA Dr. Bennek, medizinischer Berater der ZV



In meinem Beruf betrachte ich es ebenso wie in meiner gesellschaftlichen Funktion als wichtigste Aufgabe, Menschenleben zu erhalten und zu schützen.

UZ: 25 Jahre Zivilverteidigung, und Sie sind seit 14 Jahren in ihr tätig - wenn Sie zurückblicken - was sind die wichtigsten Ergebnisse in Ihrer Arbeit?

Dr. Bennek: Wir müssen uns nur die internationale Situation vor Augen halten. Der Weltfrieden ist bedroht, d. h. Menschenleben sind bedroht so sehr wie selten zuvor. Wir können und müssen etwas dagegen tun. Breitetste Kreise unserer



bruch - Schock“, die den Angehörigen der Universität in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Das Lehrmaterial wurde von Fachkreisen begutachtet und den Hoch- und Fachschulen der DDR zur Nutzung übergeben. Dabei möchte ich unterstreichen, daß ich mich bei der Erfüllung all meiner Aufgaben jederzeit auf das Kollektiv der Arbeitsgruppe Zivilverteidigung verlassen konnte.

UZ: Welche Vorhaben stehen nun vor Ihnen und Ihren Genossen der Arbeitsgruppe im Karl-Marx-Jahr?

Dr. Bennek: Es geht darum, die politisch-ideologische Aufklärung weiter voranzutreiben, zweitens die Breitenausbildung zu intensivieren und drittens, den Kontakt zu anderen Hoch- und Fachschulen zu fördern. Das hat sich in der vergangenen Zeit als sehr positiv erwiesen. Es geht kurz gesagt darum, das gegenwärtig erreichte Leistungsniveau zu halten, d. h. die massenpolitische Arbeit und die Ausbildung in der Zivilverteidigung darauf zu richten, daß die Einsichten in die Notwendigkeit der sozialistischen Landesverteidigung gefördert und damit eine bewußte und motivierte Leistungshaltung bei unseren Mitarbeitern erreicht wird.

(Das Gespräch führte Steffi Grünwald)